

## Gesellschaft / Wirtschaft

## Spektrum

ZUSAMMENGESTELLT VON  
JOHANNES THOMAS

### Deutscher Dämpfer für Meeres-EADS?

Seit 2003 häuften sich gemeinsame Bekenntnisse Jacques Chiracs und Gerhard Schröders zur Schaffung „europäischer Champions“ (siehe „Le Monde“, 16.12.2003). Aus Pariser Sicht scheint es sich dabei allerdings entgegen der Festlegung des deutsch-französischen Ministerrats vom 13.5.2004 auf „gleichberechtigte“ Partnerschaft um „Champions“ unter französischer Führung handeln zu müssen. Diese Vermutung jedenfalls legte die regierungsamtlich forcierte Übernahme von Avenatis durch Sanofi-Synthélabo und die ebenfalls staatlich gestützte Verweigerung eines Einstiegs von Siemens bei Alstom nahe (siehe DOKUMENTE 3/2004, 5/2004, 1/2005).

Weiterhin gilt jedoch, auch aus deutscher Sicht, der Luftfahrtkonzern EADS als Idealmodell solcher „Champions“, auch wenn Deutschland hier nur formell mit Frankreich gleichberechtigt und im Wesentlichen für die Buchhaltung zuständig ist. Élysée-Palast und Regierung drängen allerdings seit geraumer Zeit auf eine Beendigung der gleichberechtigten Partnerschaft mit Deutschland, um EADS allein französischem Kommando zu unterstellen. Zu diesem Zweck wird derzeit vom designierten französischen Ko-Präsi-

denten der EADS, Noël Forgeard, mit Rücken-deckung durch die Staats- und Regierungsführung trotz deutscher Proteste eine Fusion mit dem Rüstungskonzern Thales geprüft. Nach einer solchen Fusion hätten die Deutschen bei EADS und Airbus nichts mehr zu sagen (siehe „Le Figaro“, 10.3.2005). Denkbar ist jedoch auch, dass DaimlerChrysler sich in absehbarer Zeit von seinem EADS-Engagement trennt, weil es nicht zu seinem Kerngeschäft passt. Dann wäre Paris auch ohne massives eigenes Eingreifen am Ziel seiner Wünsche.

Angestrebt wurde 2003 insbesondere eine EADS der Werften (siehe „Le Figaro“, 10.9.2003; „Spektrum Politik/Wirtschaft“, DOKUMENTE 3/2004). Frankreich hatte, um die Übernahme privatwirtschaftlich geführter Werften in Deutschland zu erleichtern, die „Direction des chantiers navals“ (DCN) 2003 „privatisiert“. Die DCN war nun eine Aktiengesellschaft, allerdings eine, deren Papiere vom Staat gehalten werden und die bislang keine Bilanzen präsentiert hat. Was DCN an deutschen Werften interessierte, war in erster Linie die in der Welt einzigartige U-Boot-Technologie der Howaldtswerke in Kiel. Dass dann dort auch französische oder für den Export gebaute Boote produziert würden, war dabei aus französischer Sicht völlig ausgeschlossen, wie der DCN-Chef Jean-Marie Poimboeuf mit Rückendeckung durch die französische Nationalversammlung erklärte. In Frage komme, siehe Airbus, nur eine Produktion in Frankreich („Die Welt“, 1.10.2004).

Inzwischen hat Gerhard Schröder vor den Beschäftigten der Howaldtswerke in Kiel erklärt, er sehe auf absehbare Zeit keine Voraussetzungen für eine französisch-deutsche Meeres-EADS. Solche Überlegungen seien erst dann zu konkretisieren, wenn die Voraussetzungen stimmten. Dazu gehöre, dass die Fusion unter deutscher industrieller Führerschaft erfolge, denn die deutschen Werften seien auf dem Gebiet des U-Boot-Baus

die besten. Außerdem müssten die französischen Werften vor einem Zusammenschluss auch realiter privatisiert sein („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4.2.2005). Ob diese im Wahlkampf abgegebene Erklärung Bestand hat, wird die Zukunft weisen. Dagegen spricht, dass die ThyssenKrupp AG, die bei der deutsch-deutschen Marine-Fusion im vergangenen Jahr die Führerschaft übernommen hatte, sie bei einem europäischen Zusammenschluss abtreten möchte.

### **Das Symbol von Kyoto und einige deutsch-französische Realitäten**

Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung“ (WBGU) vertritt die Ansicht, das Kyoto-Protokoll könne selbst dann, wenn es eingehalten würde, kaum eine Abschwächung der derzeitigen Erwärmungsprozesse bewirken. Aber es werde ohnehin scheitern, da die voraussichtlich rasant wachsenden Emissionsmengen etwa von Schwellenländern wie China und Indien nicht in das Abkommen einbezogen werden. Insofern habe es vornehmlich Symbolcharakter („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16.2.2005). Allein China pustet heute bereits mehr Kohlendioxid in die Luft als alle EU-Staaten vor der Erweiterung zusammen („Le Monde“, 30.9.2004). Bis 2010 dürften sich die unerwünschten Emissionen gegenüber 1990 nicht verringern, sondern ganz im Gegenteil um etwa 20 Prozent ansteigen („Die Zeit“, 7/2005). Auch eine von der EU eingesetzte Expertenkommission geht davon aus, dass die Menge der Treibhausgase in Europa während der kommenden Jahre kontinuierlich um etwa 2,1 Prozent pro Jahr steigen wird („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 11.6.2003).

Deutschland ist der Erfüllung seiner Reduktionsverpflichtungen gegenüber 1990 um 21 Prozent mit derzeit 19 Prozent schon sehr nahe gekommen, aber beim Selbstlob des

Umweltministeriums wegen dieser Leistung wird zum einen übergangen, dass die Verpflichtung der Regierung Kohl zur Reduktion der Emissionen um ein Viertel bis 2005 stillschweigend kassiert worden ist, zum anderen wird verschwiegen, dass ein Großteil der Reduktionsleistung darauf zurückgeführt werden kann, dass die Industrieproduktion, insbesondere in den neuen Ländern, ab 1990 rasant zurückgegangen ist.

Kyoto erfüllt schließlich auch eine europa- und außenpolitische Symbolfunktion. Es steht für europäische Einigkeit gegenüber der das Protokoll ablehnenden Bush-Regierung. Auch deshalb war die Genugtuung über den russischen Beitritt, der das Inkrafttreten des Protokolls ermöglichte, besonders gut nachvollziehbar. Und so verwiesen weder Politik noch Fernsehen darauf, dass der starke Rückgang der Emissionen in Russland auf den Zusammenbruch vieler Industrien zurückzuführen ist und das Land deshalb am Handel mit Emissionsrechten ordentlich verdienen kann, während für die USA angesichts seiner kontinuierlich stärker wachsenden Wirtschaft und entsprechender Emissionszuwächse das Kyoto-Protokoll eine sehr viel kostspieligere Angelegenheit würde. Frankreich konnte schon deshalb problemlos dem Klimaschutzprotokoll beitreten, weil es keinerlei Reduktionsverpflichtungen einhalten muss. Zwar hätte es laut Klimaschutz-Protokoll seine Emissionen um acht Prozent reduzieren müssen, aber da die EU insgesamt sich zu einer Verminderung der Treibhausgase um acht Prozent verpflichtet hatte und die Verteilung auf die Länder selbst in die Hand nahm, gelang es Frankreich unter Hinweis auf die große Bedeutung seiner Nuklearenergie, für sich selbst eine Null-Option herauszuhandeln („Le Monde“, 16.2.2005). Das belegt nebenbei, wie viel auf dem Weg zu einer gemeinsamen deutsch-französischen Energiepolitik noch zu tun ist.